

LEHMANN **forum**

Nr. 96
eins 10

Hamburger Metallerrinnen + Metaller



**Ursachen der Finanz-
und Weltwirtschaftskrise
bekämpfen!**

**LETZTE GEDRUCKTE
AUSGABE!**

**Schlichter bei der
Handelskammer**

Interview mit
Detlef Bohlmann

**Mogelpackung
zweijährige Berufe**

Werden unsere Schul-
abgängerInnen wirklich
immer dümmmer?



**Der Gucci-Protest
ein voller Erfolg**

Das Grossbürgertum
riegelt hinter sich ab

Inhaltsverzeichnis

- 2 Impressum**
- 3 9 Jahre Krieg in Afghanistan – und kein Ende**
große Mehrheit der Bevölkerung will den
Abzug der Bundeswehr
- 5 Niedriglöhne im Einzelhandel**
Hilfe gegen das KiK-Syndrom
- 6 Schlichter bei der Handelskammer**
Interview mit Detlef Bohlmann
- 7 Nach der Volksabstimmung darf die Diskus-
sion um bessere Bildung nicht beendet sein**
bessere und gerechte Bildung muss das
Ziel sein
- 8 Gute Zukunftschancen für das duale System
im Bereich wissensintensiver Berufe**
Interview mit Dr. Günter Walden
- 10 Der Gucci-Protest, ein voller Erfolg**
das Großbürgertum riegelt hinter sich ab
- 11 Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise
bekämpfen**
die Ursache der Krise wird nicht öffentlich
diskutiert
- 15 Mogelpackung zweijährige Berufe**
werden unsere SchulabgängerInnen wirklich
immer dümmer

Impressum

Kontakt

Detlev Bohlmann
IG Metall Hamburg
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)
20097 Hamburg
Tel.: 0 40/28 58-539
Fax: 0 40/28 58-560
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de

Erscheinungsmonat

November 2010, 33. Jg.

Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch
Tel.: 0 40/4 30 25 88
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231
Fax: 0 40/6 45 81-770

Gestaltung

Uwe Zimmermann, Seevetal

Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH
21037 Hamburg

V.i.S.d.P.

Eckard Scholz
IG Metall

9 Jahre Krieg in Afghanistan – und kein Ende?

Eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung will den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Nach infratest antworteten 69% auf die Frage „Soll die Bundeswehr weiter in Afghanistan bleiben?“ mit ‚Nein‘. Dennoch stimmten 73% der Bundestagsabgeordneten am 26.2.2010 für die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan: Ja 429, Enthaltung 46, Nein 111 (CDU/CSU 2, FDP 1, SPD 16, Grüne 21, LINKE 71).

Schritt für Schritt in die Eskalation

In Afghanistan bestehen formal zwei getrennte westliche Kriegeinsätze: einmal die Operation Enduring Freedom (OEF), die seit dem 7.10.2001 allein von den USA im Rahmen ihres „Krieges gegen den Terror“ befehligt wird. Zum anderen die International Security Assistance Force (ISAF) der NATO; seit 2003 organisiert die NATO keine „bewaffnete Entwicklungshilfe“, sondern führt ordinären Krieg, gekennzeichnet durch die Eskalationsstufen

- +Ausweitung des Einsatzgebietes von zunächst Kabul (2003) auf ganz Afghanistan (2006), später auch auf die Nachbarländer,
- +die massive Aufstockung der Truppen,
- +die Veränderung der Strategie von „Stabilisierung“ auf „Aufstandsbekämpfung“.

Truppen in Afghanistan: OEF (USA): 19 000 (2003), 22 000 (2009). ISAF (NATO): 5 581 (2003), 84 150 (2009), davon USA 45 780. 30 000 US-SoldatInnen kommen 2010 „für den Endkampf“ hinzu. Die USA fordern von den Verbündeten aktuell zusätzliche 7 000 SoldatInnen für Afghanistan. Gesamtsumme OEF und ISAF: 143 150. Hinzu kommen etwa 70 000 SöldnerInnen („MitarbeiterInnen von privaten Sicherheits-

firmen“).

Bei der Ausweitung der Truppen in Afghanistan war Deutschland dabei: 1 200 (2001), 5 350 (2010), hinzu kommen 300 SoldatInnen für die Aufklärungstornados AWACs sowie 200 PolizeiausbilderInnen.

Die Bundesregierung gab vor der oben genannten zwölften (!) Bundestags-Kriegsausweitungs-Abstimmung zu Afghanistan unverbindlich ihrer Hoffnung Ausdruck, ab 2011 mit dem Abzug beginnen zu können und 2014 den Abzug beendet zu haben. Daran glaubt kein Mensch.

Die Eskalation des Krieges in Afghanistan führt zu immer mehr Opfern unter den westlichen SoldatInnen: gesamt 1 822 (Stand 14.6.2010), davon 43 Deutschland. Die Zahl der zivilen Opfer dieses Krieges stieg dramatisch: 929 in 2006, 2.412 in 2009 (Angaben nach UNAMA, UN-Mission in Afghanistan).

Werden mit dem Krieg die Menschenrechte verteidigt?

Nach acht Jahren Krieg ist die Lage der Bevölkerung in Afghanistan infolge Krieg und neoliberaler Umgestaltung der Wirtschaft verheerend:

- +Unter den Todesopfern befinden sich zunehmend Zivilpersonen.
- +Acht Millionen Menschen leiden an Hunger, 60% der Kinder sind unterernährt.
- +Afghanistan hat die weltweit höchste Kindersterblichkeit.
- +Nur 13% der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser.
- +52% der Frauen werden heute Opfer physischer Gewalt, 80% der Ehen erfolgen ohne Zustimmung der Frauen (laut Human Rights Watch).
- Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit 43,1 Jahren um 20 Jahre kürzer als die der Nachbarstaaten.
- Mit 9 000 Tonnen Rohopium

wurde in 2009 ein Rekord erzielt. Das sind 93% des weltweit produzierten Opiums, des Rohstoffes für Heroin.

+Korruption herrscht schlimmer denn je, denn es gibt ja große Geldmengen zu verteilen; ExpertInnen schätzen, dass von jeder Investition in Afghanistan je 20% bei den Taliban und bei den Warlords landet.

+Es herrscht nicht die schwache gewählte Zentralregierung, sondern der US-Botschafter in Kabul und die Diktatur der regionalen Warlords und der Drogenbarone.

+Präsident Karsai kam durch Wahlfäschung ins Amt und hat keine Unterstützung in der Bevölkerung: „Bedrängter Präsident sucht sich Kriegsverbrecher als Partner. Das Schreckenskabinett des Hamid Karsai.“ (Hamburger Abendblattes vom 19.8.2009)

Acht Jahre Krieg haben weder den Einfluss der menschenverachtenden Taliban gebrochen, noch auch nur ansatzweise Demokratie und Menschenrechte hergestellt. Die Bombardierung und Besetzung Afghanistans verhindern nicht den Terrorismus, sondern sind ständige neue Quelle von Aufständen und Terrorismus. MilitärexpertInnen schätzen ein, dass nur 10 bis 20% der Anschläge in Afghanistan auf die Taliban zurückzuführen sind.

Der Afghanistan-Krieg ist militärisch nicht zu gewinnen. Das musste die Sowjetunion nach eingesetzten 120 000 SoldatInnen erkennen (15 000 tote SoldatInnen), und das werden auch die USA und die NATO mit den geplanten 140 000 SoldatInnen erleben müssen.

Welche Interessen stecken hinter diesem Krieg?

Seit 2007 ist bekannt, dass

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Afghanistan umfangreiche Rohstoffvorkommen besitzt: Eisen, Kupfer, Kobalt, Gold, Niobium und das begehrte Lithium im Wert von geschätzten 1 Billion US-Dollar. Aber wesentlich bedeutsamer ist, dass Afghanistan von hohem geostrategischem Interesse ist: Die Lage im Zentrum Eurasiens, in dem 80% des Erdöls und 75% des Erdgases lagern, begründet das Interesse nach einer Kontrolle über dieses Land. „Der Energiereichtum rund um das kaspische Meer, also in naher Nachbarschaft Afghanistans, verspricht lukrative Geschäfte. Wirtschaftlich bietet sich Afghanistan den Energiemultis als ideale Trasse für Öl- und Gas-Pipelines vor allem aus Turkmenistan und Aserbeidschan an, das via Pakistan in den Indischen Ozean gepumpt werden könnte (unter Umgehung Russlands, der Verfasser).“ (Handelsblatt 14. 11. 2001)

Im Gefolge des Afghanistan-Krieges verfügen die USA in Zentralasien jetzt über 14 Stützpunkte in Afghanistan, Irak, Pakistan und den ehemaligen Republiken der Sowjetunion, was Ausdruck der Einkreisungspolitik gegenüber Russland und China ist.

In Deutschland wird unsere Bedeutung in der EU, im NATO-Bündnis hervorgehoben, die uneingeschränkte Solidarität mit den USA wird beschworen. „Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil‘ würde auch eine Schwächung Deutschlands bedeuten....Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“ (Außenminister Joschka Fischer).

Unverkennbar ist auch der enorme Einfluss der Rüstungsindustrie. Schließlich wurden 2009 688 Millionen Euro nur für den Militäreinsatz Deutschlands in Afghanistan ausgegeben, für 2010 sind 1,059 Milliarden Euro verplant (ohne Entwicklungshilfe und ‚Taliban-Aussteigerprogramm‘). Das bedeutet für die deutsche Rüstungsindustrie Zusatzumsatz und Zusatzprofit.

Nicht unsere Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt, sondern Großmacht- und Profit-Interessen sollen dort militärisch durchgesetzt werden. Ex-Bundespräsident Köhler hatte nach seinem Afghanistan-Besuch am 22. 5. 2010 ja noch sehr verhalten die wirtschaftlichen Interessen am Krieg zum Ausdruck gebracht, aber das war propagandistisch höchst unerwünscht. Übrigens stehen den oben genannten Militärausgaben deutsche Entwicklungshilfeasgaben für Afghanistan in Höhe von ganzen 430 Millionen Euro pro Jahr gegenüber.

Zur geostrategischen Kontrolle einer Region ist nicht unbedingt die militärische Besetzung erforderlich, zumal diese mit extrem hohen Ausgaben und toten SoldatInnen verbunden ist. In der NATO setzt sich zunehmend die Strategie durch, sich neue Kolonien oder Protektorate zu schaffen. Man unterwirft ein Land neoliberalen Wirtschaftsgesetzen und sichert sich die Bodenschätze und Transportwege. Die Karsai-Regierung verabschiedete ein wirtschaftliches Rahmengesetz mit den Eckpunkten Privatisierung der staatlichen Wirtschaftssektoren, Freihandelszone, Investitionsfreiheit für das Ausland, niedrige Einfuhrzölle, vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, Schutz ausländischer Investitionen, Befreiung ausländischer Firmen von Steuern für 4 bis 8 Jahre. Die Besatzungsmächte setzen eine dem Westen hörige Regierung ein und halten diese finanziell aus. Dann bleibt nur noch die Aufgabe, die Bevölkerung angesichts zunehmender Verelendung auf Dauer zu unterdrücken. Dazu finanziert man einheimische Polizeiapparate: in Afghanistan soll der paramilitärische Polizeiapparat von 62 000 auf 134 000 Polizisten vergrößert werden. Und das einheimische Militär soll die Stabilität gewährleisten: in Afghanistan soll das Militär von 70 000 Soldaten auf 171 000 Soldaten aufgestockt werden. Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Prof. Paech aus

Hamburg, wies kürzlich darauf hin, dass die beiden oben genannten Ausweitungen von Polizei und Militär 500% des afghanischen Staatshaushaltes beanspruchen würden. Die sogenannte ‚Afghanisierung‘ des Krieges würde also zu einer vom Westen finanzierten Militärdiktatur führen - wie im Kosovo, wie im Irak ...

Es geht um die Neuvermessung der kolonialen Landkarte der Welt, da kommen Demokratie und Menschenrechte nur in Sonntagsreden und den Verschleierungen für Militäreinsätze vor.

Bildung statt Bomben

Die bisherigen Kosten Deutschlands für den Afghanistan-Krieg betragen nach offiziellen Angaben 4,1 Mrd. Euro, das DIW ermittelte an Gesamtkosten etwa das Dreifache. Rüstung bedeutet Vergeudung. Volkswirtschaftlich betrachtet läuft sie darauf hinaus, dass ein Land einen erheblichen Teil seines erwirtschafteten Reichtums ins Meer kippt. In Deutschland sind es mittlerweile 31,1 Milliarden Euro in 2010.

Eine schrittweise Abrüstung würde finanzielle Mittel freimachen für eine Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge und für Zukunftsinvestitionen. Zunehmende Staatsverschuldung infolge der Krise in Verbindung mit zunehmenden Bundeswehr-Auslandseinsätzen und steigenden Rüstungsausgaben bedeuten zunehmende öffentliche Verarmung.

Was ist die Alternative zur Kriegsführung in Afghanistan?

Häufig wird der Krieg in Afghanistan mit der Notwendigkeit zur humanitären Hilfe begründet. Humanitäre Hilfe beruht aber auf dem Prinzip der Neutralität. Die von der NATO und der Bundeswehr propagierte ‚zivil-militärische Zusammenarbeit‘ hat katastrophale Auswirkungen. Zivile HelferInnen erscheinen zunehmend als Teil der Besatzungstruppen. In der Folge wurden 2008 insgesamt 38 MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisatio-

nen getötet, 147 wurden entführt. Aufgrund der Verquickung in die Kriegsführung und der Opfer sahen sich mehrere Hilfsorganisationen gezwungen, sich aus Afghanistan zurückzuziehen.

Die Spirale der Gewalt muss durchbrochen werden! Krieg generiert Menschenrechtsverletzungen ohne Ende. In einer Umfrage von ARD, ABC und BBC sprach sich im Februar 2009 erstmals mehr als die Hälfte der afghanischen Bevölkerung für einen schnellstmöglichen Abzug der westlichen Truppen aus.

Eine im Juni 2010 von einem breiten Bündnis gestartete Unter-

schriftensammlung (online zum Beispiel unter www.frieden-mitmachen.de): „Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung +den Stopp aller Kampfhandlungen, +den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan, +den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.“

So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.“ Es ist ungeheuer wert-

voll, dass die Menschen in Deutschland in großer Mehrheit nicht daran glauben, dass die Probleme in Afghanistan und in der Welt durch immer mehr Militäreinsatz zu lösen sind. Die Friedens- und Gewerkschaftsbewegung muss unermüdlich daran arbeiten, dass die Mehrheitsmeinung auch zu Mehrheitsbeschlüssen im Bundestag führt – dazu braucht es noch viel außerparlamentarischen Druckes.

Dem Frieden eine Chance – Bundeswehr raus aus Afghanistan.

WOLFGANG ERDMANN
BR-Mitglied Jungheinrich AG

Niedriglöhne im Einzelhandel

Hilfe gegen das KiK-Syndrom

Um Niedriglöhne wie beim Textildiscounter KiK zu verhindern, wollen Gewerkschaft und Einzelhandelsverband einen Mindestlohn vereinbaren. Die Billigkette gibt sich reumütig. „Wir haben Fehler gemacht“, gesteht die Konzernzentrale.

BERLIN taz Lohndumping wie beim Textildiscounter KiK wollen der Einzelhandelsverband und die Gewerkschaft Ver.di künftig unterbinden. Demnächst werde man sich auf eine gemeinsame Lohnuntergrenze einigen, die dann für alle Unternehmen der Branche gelten soll, erklärten die Tarifpartner. Sie reagierten damit auf einen neuen Bericht der NDR-Redaktion ‚Panorama‘ über schlechte Arbeitsbedingungen bei KiK.

»der Einzelhandel ist keine Niedriglohnbranche«

Der neue Mindestlohn wird erheblich über den 6,50 Euro liegen, die KiK den NDR-Recherchen

zufolge seinen Aushilfen zahlt. „Der Einzelhandel ist keine Niedriglohnbranche“, sagte Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes, zur taz. „Lohndumping schadet der Branche.“ Mit der Gewerkschaft Ver.di führe der Verband deshalb intensive Gespräche, um bis zum nächsten Frühjahr einen ‚allgemeinverbindlichen Basislohn‘ zu definieren. Zu dessen Höhe wollte Genth sich nicht äußern, sagte aber, dass die geltenden Tarifverträge heute eine Bezahlung von rund 7 Euro pro Stunde vorsähen.

»wir haben aus der Vergangenheit gelernt und werden zukünftig anders agieren«

Die Gewerkschaft wünscht sich einen Mindestlohn in Höhe von etwa 10 Euro. „Die durchschnittlichen Tariflöhne für Vollzeitverkäuferinnen liegen heute bei 12 bis 13 Euro brutto pro Stunde“, so Ver.di-Sprecherin Cornelia Haß. Trotzdem ist sie optimistisch, dass „wir mit dem Einzelhandelsverband zu einem guten Ergebnis kommen“. Nach der Einigung auf den Mindestlohn werde es Unternehmen wie KiK künftig nicht mehr möglich sein, niedrigere Gehälter

zu zahlen. In dem ‚Panorama‘-Beitrag kommen Beschäftigte der Tengelmann-Tochter KiK zu Wort, die 4,75 Euro oder 5 Euro pro Stunde verdienen. Augenblicklich betrage der Lohn 6,50 Euro.

In einer Erklärung schlug die KiK-Zentrale in Bönen bei Hamm am Mittwoch erstmals einen versöhnlichen Ton an: „In der starken Wachstumsphase haben wir uns ganz auf unser Kerngeschäft konzentriert und sicher Fehler gemacht. Dies bedauern wir außerordentlich. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und werden zukünftig anders agieren.“ So hat KiK nach Informationen des NDR nun den ehemaligen Otto-Manager Michael Arretz eingestellt. Otto ist bekannt für seine vergleichsweise sozial- und umweltverträgliche Unternehmenspolitik. Zu konkreten Maßnahmen bei der Belegschaft machte KiK keine Angaben.

HANNES KOCH

Schlichter bei der Handelskammer

Seit 17 Jahren hat Detlev Bohlmann, IG Metall-Sekretär in Hamburg, einen besonderen Job bei der Handelskammer: Er ist Schlichter. Schlichter? Ja, er versucht bei Streitigkeiten, die sich mal zwischen ArbeitgeberIn und Azubi ergeben, friedensstiftend einzuwirken. Sein Bilanz ist positiv: es sind viele Fälle in denen er erfolgreich war. Im Interview mit der neuen Ausgabe von bb-aktuell berichtet er von seinen Erfahrungen im Ehrenamt.

bb-aktuell: Was macht ein Schlichtungsausschuss?

Detlev Bohlmann: Der Schlichtungsausschuss ist einem Arbeitsgerichtsverfahren vorgeschaltet, das heißt bevor ich als Auszubildender zum Arbeitsgericht gehe, muss ich das Schlichtungsverfahren vor der zuständigen Kammer beantragen. Zuständig ist die Kammer, bei der der Ausbildungsvertrag eingetragen ist. Der Schlichtungsausschuss versucht die beiden Parteien zu einer gütlichen Einigung zu bringen oder, wenn dieses nicht gelingt fällt er einen Spruch, den beide Parteien annehmen können, aber nicht müssen. Danach steht der Weg zum Arbeitsgericht offen. Der Vorteil dieses Verfahrens ist, dass der Schlichtungsausschuss nicht an gesetzliche Normen gebunden ist und daher bei der gütlichen Einigung weitaus mehr Spielraum hat als ein Gericht.

Welche Rolle hast Du als Gewerkschaftsvertreter im Schlichtungsausschuss?

Der Schlichtungsausschuss ist paritätisch gesetzt, es ist jeweils ein benannter Arbeitgebervertreter und ein Arbeitnehmervertreter im Schlichtungsausschuss stimmberechtigt. Als Arbeitnehmervertreter ist man natürlich stärker auf der Seite des Auszubildenden.

Wie bist Du in den Schlichtungsausschuss gekommen?

In Hamburg haben wir in der Handelskammer die Regelung, dass alle Mitglieder des Berufsbildungsausschusses Mitglieder des Schlichtungsausschusses sind, so bin ich dazu gekommen.

Welche Erfahrungen machst Du in der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebervertretern und der Kammer?

In der Regel gibt es dort eine große Gemeinsamkeit in der Beurteilung der Fälle, ich würde sagen in vier von fünf Fällen ist allein die Kündigung rechtswirksam. Da regen sich auch Arbeitgebervertreter über soviel Dilettantismus meist auf.

Was war bisher Dein kniffligstes Vorkommnis in einer Schlichtung?

Ich hatte mal einen Fall von sexueller Belästigung einer Auszubildenden durch den Ausbilder, das war schon eine große Herausforderung. Wir konnten nur auf einen strafrechtlichen Weg verweisen, die Auszubildende hätte eine Anzeige erstatten müssen.

Kommt es immer wieder in den gleichen Betrieben zu Schlichtungsfällen und was macht Ihr dann?

Nein, aber es fällt auf, dass sich viele Fälle in Betrieben die erstmalig ausbilden abspielen, die haben oft keine Ahnung worauf sie sich eingelassen haben. Insbesondere während der Zeit, in der die Ausbildereignungsverordnung ausgesetzt war, gab es große Probleme. Es wurden Betriebe für die Ausbildung geworben, die nicht richtig darauf vorbereitet waren. Wir haben das auch im BBA thematisiert und die Kammer aufgefordert, eine bessere Beratung sicher zu stellen. Aber das wird auch weiter ein Thema sein, welches wir im Blick haben.

Welchen Tipp hast Du für KollegInnen die sich für eine Mitarbeit im Schlichtungsausschuss interessieren?

Erkundige dich bei deinen Kolleginnen und Kollegen im Berufsbildungsausschuss, wie die Regelung zur Berufung vor Ort ist und biete deine Mitarbeit an. Die Aufgabe ist sicherlich genauso interessant wie das Amt des ehrenamtlichen Arbeitsrichters. Man wächst dann auch schnell in die Arbeit hinein, also keine Scheu haben.

Welche Bilanz ziehst Du nach über siebzehn Jahren Schlichtungsausschuss?

Wir konnten nicht alle Probleme lösen, aber viele Ausbildungen sind dadurch zu einem positiven Abschluss gekommen, das macht ein schon etwas stolz und freut einen.

Das Stichwort: Der Schlichtungsausschuss

Was tun bei Streitigkeiten während der Ausbildung? Bei den Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammern besteht gemäß § 111 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes ein Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden. Dieser Schlichtungsausschuss kann nur Streitigkeiten aus bestehenden Berufsausbildungsverhältnissen verhandeln, bzw. wenn es Streitigkeiten um deren Beendigung gibt. Die Verhandlung ist Prozessvoraussetzung für eine Klage vor dem Arbeitsgericht.

Der Schlichtungsausschuss wird auf Antrag des Auszubildenden oder des Auszubildenden tätig. Der Antrag sollte in schriftlicher Form eingereicht und begründet werden. Er kann jedoch auch bei der Geschäftsstelle mündlich zu Protokoll gegeben werden. Eine Streitigkeit soll erst vor den Schlichtungsausschuss getragen werden, wenn die Bemühungen der Vertragspartner, selbst zu einer Verständigung

zu kommen, ohne Erfolg geblieben sind. In der Verhandlung strebt der Schlichtungsausschuss die gütliche Einigung (Vergleich) der Vertragspartner an. Ist diese nicht möglich, hat der Schlichtungsausschuss einen Spruch zu fällen. Dieser Spruch wird nur dann wirksam, wenn er innerhalb einer Woche von den Vertragspartnern schriftlich oder mündlich zu Protokoll der Geschäftsstelle anerkannt wird. Erfolgt keine Anerkennung, so kann binnen zwei Wochen nach Zustellung des Spruches Klage vor dem Arbeitsgericht er-

hoben werden. Erscheint ein Vertragspartner nicht zum Verhandlungstermin, so kann der Schlichtungsausschuss einen Säumnisspruch fällen. Die Beteiligten erhalten eine Niederschrift über das Ergebnis der Verhandlung.

Die Anwesenheit des Auszubildenden und des Auszubildenden sowie dessen gesetzlichen Vertreters ist in der Regel erforderlich. Sie können die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss selbst führen oder sich vertreten lassen. Eine Vertretung durch Vertreter von Gewerkschaften oder von

Vereinigungen von Arbeitgebern ist zulässig, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht befugt sind.

Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss ist nicht öffentlich. Das Verfahren ist gebührenfrei. Jeder Vertragspartner trägt die ihm durch das Verfahren entstandenen Kosten selbst. Zeugen und Sachverständige sind von demjenigen zu entschädigen, der sie zum Beweis seiner Behauptung angeboten hat.

THOMAS RESSEL

Nach der Volksabstimmung darf die Diskussion um bessere Bildung nicht beendet sein

Ja, die Volksabstimmung zu Schulreform wurde sang und klanglos verloren und das obwohl alle Parteien die in der Bürgerschaft vertreten sind und die Gewerkschaften sich für die Schulreform eingesetzt haben. Doch nun darf die Diskussion über eine bessere Bildung nicht beendet werden, wir müssen sie fortsetzen und deutlich machen worum es eigentlich geht. Bessere und gerechte Bildung muss das Ziel sein und bleiben. Hier war die Schulreform auch insgesamt nicht das Allheilmittel. Sie wurde zum Teil abgelehnt, weil sie nicht weit genug ging. Andere wiederum haben gar nicht erkannt worum es geht usw. Der Kommentar aus der taz, den wir in dieser Ausgabe ebenfalls abgedruckt haben, macht einiges deutlich.

»wer heute nicht auf das Gynasium geht wird schon als LoserIn angesehen«

Die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems schreibt die Benachteiligung der HauptschülerInnen fort. Wer heute nicht auf das Gynasium geht wird schon als

LoserIn angesehen. Und Eltern sind immer der Ansicht, dass ihr Kind auf die höhere Schule gehen sollte, auch wenn das für das Kind nicht der richtige Weg ist.

»längeres gemeinsames Lernen fördert die Schwachen und stärkt die Starken«

Doch sind wir als Erwachsene, Erziehungsberechtigte, Eltern eigentlich lernfähig? Anscheinend nicht. Denn wer in der Bundesrepublik von Chancengleichheit spricht, von Förderung der Lernschwachen und vom Bildungswohlstand, der hat die Augen vor der Realität verschlossen. Auch nimmt er seine Biertischäußerungen selber nicht ernst. Wer hört sich nicht fast tagtäglich die Aussprüche, dass die Jugendlichen immer dümmer werden, sie können nicht schreiben, lesen geschweige denn rechnen.

Das ein längeres gemeinsames Lernen von Lernschwachen und Lernstarken, die Schwachen fördert und die Starken stärkt, ist in der Pädagogik seit langen bestätigt und bewiesen worden. Doch man glaubt natürlich immer wieder

denjenigen, die das Alte bewahren wollen. Schule soll ein Ausleseinstrument sein. Das war immer so und so soll es auch bleiben, verbunden mit der Hoffnung, dass das eigene Kind natürlich zu den Guten gehören wird. Sollte das nicht gelingen, sind die anderen Schuld und man kann daran nichts ändern.

Gute Schule braucht qualifizierte LehrerInnen, gute und angemessene Förderung und Lernbegleitung, braucht die Integration und nicht die Auslese. Jetzt gilt es verstärkt weiter für eine gute Bildung zu kämpfen, wenn wir das nicht tun, wird die Auslese verstärkt und es wird immer mehr BildungsverliererInnen geben. Und wir sollten nicht vergessen, dass wir ein Bildungsland sind. Wir brauchen guten und qualifizierten Nachwuchs.

Schon bezeichnend, dass die Partei, die die Bildungsreform massiv ablehnt sich jetzt über den Wirtschaftsminister für die geregelte Zuwanderung von hoch gebildeten Arbeitskräften einsetzt.

REDAKTION

Gute Zukunftschancen für das duale System im Bereich wissensintensiver Berufe

WAP-Korrespondent Ulrich Degen sprach mit Dr. Günter Walden, Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), Bonn. Walden sieht für das duale System gute Perspektiven.

Ulrich Degen: Herr Dr. Walden, aus Ihrer Sicht sind die zunehmenden Probleme von Jugendlichen, in das duale System einzumünden, vorwiegend auf die Kopplung des Ausbildungs- mit dem Beschäftigungssystem zurückzuführen. Dennoch scheint es nach Ihren Analysen aber so, dass die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung im Dienstleistungsbereich insgesamt erfreulich ist. Wie sieht eine kurze Momentaufnahme aus?

Dr. Günter Walden: Analysen die wir im Bundesinstitut für Berufsbildung in den vergangenen Jahren durchgeführt haben, zeigen einen starken Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsentwicklung und der Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Deutliche Beschäftigungsrückgänge vor allem bis Mitte dieses Jahrzehnts waren so auch mit Einbrüchen im betrieblichen Ausbildungsplatzangebot verbunden. Die duale Ausbildung ist an der Schnittstelle zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem angesiedelt. Beschäftigungseinbrüche wirken sich – anders als es z. B. bei schulischen oder hochschulischen Bildungsgängen der Fall ist – unmittelbar auf das betriebliche Ausbildungsplatzangebot aus. Dabei verlief allerdings die Entwicklung der Beschäftigung ungünstiger als die in der Ausbildung. Die sogenannte Ausbildungsquote, also das Verhältnis von Auszubildenden zu sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten, ist im Dienstleistungsbereich seit dem Beginn des Jahrzehnts wieder höher als im Verarbeitenden Gewerbe. Allerdings würde ich die Ausbildungsbeteiligung auch im Dienstleistungsbereich nicht als ‚erfreulich‘ bezeichnen. Nach wie vor reicht das betriebliche Ausbildungsplatzangebot nicht aus um die Nachfrage zu decken.

Um aus Ihrer Sicht eine interessante Chance für den Ausbau der beruflichen Ausbildung im Dienstleistungsbereich vorwegzunehmen, Sie sehen dann, wenn es der beruflichen Ausbildung gelingen kann, stärker in wissensintensive Berufe vorzudringen, ein sehr ausbaufähiges Segment für die duale Berufsbildung im Dienstleistungsbereich. Das sollten Sie uns kurz erläutern.

Sogenannte wissensintensive Berufe (z. B. IT-Berufe) werden in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Deshalb ist es wichtig, dass das duale System auch dieses Berufssegment stärker in den Blick nimmt. Mit der Schaffung entsprechender neuer Berufe ist hier in den vergangenen Jahren zwar schon viel bewegt worden, hier gibt es aber noch ein Ausbaupotenzial. Traditionell befinden sich in wissensintensiven Berufen überproportional viele Hochschulabsolventen, parallel sehe ich aber auch gute Möglichkeiten für die duale Ausbildung.

Insgesamt hat ja auch in der Bundesrepublik Deutschland seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Bedeutung des Dienstleistungssektors hinsichtlich des Beschäftigungsanteils die Hauptrolle übernommen. Sie haben in Ihrem Beitrag zunächst

die Entwicklung des dualen Systems der Berufsausbildung im Dienstleistungsbereich nachgezeichnet. Was würden Sie als die wichtigsten Stationen in dieser Entwicklung bezeichnen?

Die Beschäftigungsentwicklung im tertiären Sektor verläuft im längerfristigen Trend weit besser als in der Gesamtwirtschaft, insofern ist auch Deutschland bereits seit längerem eine Dienstleistungsgesellschaft. Dies dürfte weitgehend bekannt sein. Interessant ist hier aber die Frage, wie die Entwicklung der dualen Ausbildung verlaufen ist, die ja traditionell ihre Basis in Handwerk und Industrie hatte. Interessanterweise lag die relative Ausbildungsquote, also die Ausbildungsquote, im Dienstleistungsbereich auch vor 30 Jahren schon über der im Verarbeitenden Gewerbe. Zwischen Mitte der 80er und der 90 Jahre ist diese Quote deutlich zurückgegangen. Dies galt über alle Wirtschaftsbereiche hinweg, doch war der Rückgang im Dienstleistungsbereich besonders ausgeprägt. Seit ca. 15 Jahren können wir dagegen wieder eine Aufwärtsbewegung im Dienstleistungsbereich beobachten und die Ausbildungsquote liegt seit längerem wieder über dem Schnitt der Gesamtwirtschaft. Was den Anteil des Dienstleistungsbereichs an den Auszubildenden betrifft, so lag dieser Wert bereits Anfang der 80er Jahre bei über 50% und ist mittlerweile auf fast 70% angestiegen. Betrachtet man die Berufsebene, so werden mittlerweile 57% der Auszubildenden in Dienstleistungsberufen ausgebildet. Vor 15 Jahren lag dieser Wert noch unter 50%.

Dann untersuchen Sie in Ihrem Beitrag zur Facharbeit im Dienst-

leistungsbereich die strategisch für die Zukunft der dualen Berufsbildung in diesem Bereich wichtige Frage, welche Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur zwischen Absolventen unterschiedlicher Bildungsgänge in den letzten Jahren zu beobachten waren. Dies ist ja bedeutsam für den relativen Stellenwert der mittleren Qualifikationsebene (Facharbeiter/Fachangestellte) sowie die hierauf aufbauenden Fortbildungsabschlüsse im Vergleich zur Hochschulausbildung. Wie sieht es hier aus?

Wir konnten zur Klärung dieser Frage keine Zeitreihe analysieren, sondern haben uns stattdessen die Anteile für unterschiedliche Bildungsgänge in einzelnen Alterskohorten angesehen. Hier gibt es für die unterschiedlichen Berufsgruppen in den einzelnen Alterskohorten nur geringfügige Unterschiede. Ein Bedeutungsverlust der mittleren Qualifikationsebene ist dabei bisher nicht zu beobachten.

Aus meiner Sicht haben Sie bei Ihrer Betrachtung des Dienstleistungsbereichs zu Recht zwischen einer Perspektive nach Wirtschaftszweigen und einer nach Berufen bzw. Berufsgruppen unterschieden. Diese Differenzierung hat auch für Ihre Betrachtung einen hohen Stellenwert. Warum?

Beide Betrachtungsebenen sind wichtig. Es gibt ja keine Deckungsgleichheit zwischen Sektoren und Berufen. Bei der Sektorbetrachtung ist zu berücksichtigen, dass im Verarbeitenden Gewerbe nicht nur Produktions- sondern auch Dienstleistungsberufe ausgebildet werden. Umgekehrt werden im Dienstleistungsbereich in gewissem Umfang auch Produktionsberufe benötigt.

Bei Ihrer Betrachtung der längerfristigen Entwicklung der Ausbildung im Dienstleistungsbereich haben Sie die Entwicklung der Ausbildung im tertiären und sekundären Wirtschaftsbereich, also in der Dienstleistung und im Verarbeitenden Gewerbe betrachtet und dort Besonderheiten aus-

gemacht und festgestellt, dass in jüngster Zeit die Ausbildungsquote für den tertiären Sektor über dem im sekundären Sektor liegt. Wird sich diese Tendenz vermutlich verstärken, möglicherweise sogar verstärken?

Ich möchte hierzu keine Prognose wagen. Wir werden ja auch in Zukunft nicht nur den Dienstleistungsbereich sondern weiterhin auch das Verarbeitende Gewerbe benötigen. Für beide Bereiche brauchen wir auch eine hohe Ausbildungsquote. Aufgrund der in den kommenden Jahren rückläufigen Schülerzahlen wird aber das Nachfragepotenzial für die duale Ausbildung zurückgehen und dies könnte dann auch wieder zu einer sinkenden Ausbildungsbeteiligung der Betriebe führen. Es wird hier ganz entscheidend darauf ankommen, auch solche Jugendlichen in eine betriebliche Ausbildung zu integrieren, die von den Betrieben bisher eher weniger als Zielgruppe betrachtet wurden.

Im Zusammenhang mit dem kontinuierlichen Anstieg des Anteils der Beschäftigung in Dienstleistungsberufen haben sich nach Ihren Untersuchungen zwischen 1995 und 2006 die relativen Gewichte von Beschäftigung in den Produktionsberufen kontinuierlich vermindert. Nachdem Sie Ihre Betrachtung für die Dienstleistungsberufe nach primären und sekundären Dienstleistungsberufen differenziert haben, ergibt sich hier eine interessante Entwicklung für Ausbildung und Beschäftigung.

In der Berufsbildungsforschung wird traditionell zwischen primären und sekundären Dienstleistungsberufen unterschieden. Primäre Dienstleistungsberufe umfassen eher traditionelle Dienstleistungstätigkeiten wie z. B. Einkaufen und Verkaufen, sekundäre Dienstleistungstätigkeiten sind dagegen eher wissensorientiert (wie z. B. Beraten und Informieren). Die duale Ausbildung hat ihren Schwerpunkt vor allem in den primären Dienstleistungsberufen. Insgesamt befinden sich 47% aller

Auszubildenden in primären Dienstleistungsberufen, 44% in Produktions- und nur 9% in sekundären Dienstleistungsberufen. Die Sonderstellung der sekundären Dienstleistungsberufe ist auch daran zu erkennen, dass die positive Beschäftigungsentwicklung hier nicht von einer positiven Ausbildungsentwicklung begleitet wird. Insofern gibt es für die duale Ausbildung noch einen deutlichen Nachholbedarf. Im Beschäftigungssystem spielt die mittlere Qualifikationsebene dabei auch in den sekundären Dienstleistungsberufen bereits heute eine große Rolle. Für Akademiker und die mittlere Qualifikationsebene ergeben sich jeweils ähnlich hohe Anteile.

Nach wie vor ist es ja so, und das macht Politik und Wissenschaft Sorge, dass die wachsende Zahl von Schulabgängern, die in eine Ausbildung im dualen System einmünden wollten bei gleichzeitig sinkendem Angebot an Ausbildungsplätzen zu gravierenden Versorgungsproblemen auf dem Ausbildungsstellenmarkt geführt hat. Wie wird es hier weitergehen insbesondere im Bereich der Dienstleistungsberufe?

Angesichts der demografischen Umbrüche könnte ich mir deutlich verbesserte Einmündungschancen der Jugendlichen vorstellen. Entscheidend hierfür ist aber, dass die Betriebe vor dem Hintergrund drohenden Fachkräftemangels auch den Jugendlichen mit schlechteren beruflichen Voraussetzungen eine Chance geben werden. Dies ist aber keineswegs sicher. Gelingt es uns nicht, für ein besseres Matching von Angebot und Nachfrage in der beruflichen Bildung zu sorgen, droht uns stattdessen in Zukunft neben einer hohen Zahl von Jugendlichen ohne Ausbildung gleichzeitig ein betrieblicher Fachkräftemangel.

Was den viel befürchteten Verdrängungseffekt von beruflich Qualifizierten durch Akademiker angeht, so teilen Sie diese Befürchtungen

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

nicht – was macht hier Ihre Argumente aus?

Die Entwicklung von beruflicher Ausbildung und Hochschulbildung wird in der öffentlichen Debatte oft auf eine Konkurrenzbeziehung reduziert. Eine höhere Akademikerquote wird hier als Gefahr für das duale System gesehen und das duale System gilt oft als Hindernis für die gewünschte Steigerung des Anteils von Hochschulabsolventen. Vergessen wird hierüber, dass wir nach wie vor einen sehr hohen Anteil von Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss haben. Im jüngsten Nationalen Bildungsbericht wird diese Zahl mit 17% angegeben. Insofern gibt es für

eine höhere Bildungsbeteiligung generell Luft nach oben. Nach unseren Analysen verläuft zudem auf der Betriebsebene oft eine parallele positive Beschäftigungsentwicklung für Hochschulabsolventen und die mittlere Qualifikationsebene. Wir sehen hier in großen Teilen komplementäre Beziehungen.

Abschließend noch eine Frage zu den Analysen, die das BiBB zur Struktur der dualen Berufsausbildung nach Berufen und Wirtschaftszweigen durchgeführt hat, insbesondere zu der Frage, inwieweit das duale System noch in der Industriegesellschaft verhaftet ist oder ob es sich bereits an die Bedingungen einer Dienstlei-

stungsgesellschaft angepasst hat. Welche Analysen wurden im Einzelnen durchgeführt?

Wir haben unterschiedliche sekundärstatistische Quellen herangezogen und hierzu umfangreiche Detailauswertungen auf der Betriebs- und der Individualebene durchgeführt. Im Einzelnen wurden die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, die Berufsbildungsstatistik und der Mikrozensus herangezogen. Zusätzlich gab auch die Erwerbstätigenbefragung von BIBB und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin wertvolle Hinweise.

Der Gucci-Protest, ein voller Erfolg

Es gab in der deutschen Presselandschaft nur einen lesenswerten Kommentar zur gescheiterten Hamburger Schulreform. Der stand in der Berliner taz und wurde von Jan Kahlcke, Redaktionschef Nord, geschrieben. Sein Fazit: „Der Urnengang hat das hässliche Wort vom Gucci-Protest bestätigt. Das Großbürgertum riegelt hinter sich ab, die Mittelschicht versucht, noch eben durch den Türspalt zu huschen.“ WAP dokumentiert den Kommentar.

Kommentar von Jan Kahlcke in der taz Ein Betriebsunfall in den Sommerferien – nein, das war das Desaster der Hamburger Schulreform an den Urnen sicher nicht. Die statistischen Daten sind eindeutig: Das Referendum wurde in den Stadtteilen der Besserverdienenden entschieden. Die feinen Viertel an Elbe und Alster, die gediegenen Walddörfer, auch die schicke Hafencity – sie alle weisen Wahlbeteiligungen von über 50% auf, meist schon per Brief, vor der Abreise in die Sommerfrische.

Und in kaum einem Wahllokal dort kommt die Primarschulreform des schwarz-grünen Senats auf eine Mehrheit. In armen Vierteln wie Wilhelmsburg, Jenfeld oder Billstedt stimmte überhaupt nur jeder Vierte ab.

Der Urnengang hat das hässliche Wort vom Gucci-Protest bestätigt. Das Großbürgertum riegelt hinter sich ab, die Mittelschicht versucht, noch eben durch den Türspalt zu huschen. Das Hamburger Establishment hat ganz selbstbewusst entschieden, seine Kinder nur vier Jahre mit den Bildungsverlierern zu belästigen. Und es wurde darin bestärkt von seinen Leitmedien Hamburger Abendblatt, Welt, Zeit und Spiegel.

Ole von Beust hat sich gewaltig verschätzt, als er der CDU-Klientel ein gewisses Maß an Solidarität abverlangte oder wenigstens hanseatischen Bürgersinn. Schon bei seiner Krönungsmesse vor der letzten Wahl hatte der Bürgermeister eindringlich die Schulversager als das drängende Zukunftsproblem ausgemacht. Nun musste er feststellen, dass seine Partei dem bestenfalls indifferent gegenübersteht. Zuletzt mehrten sich die Anzeichen einer offenen

Meuterei. Ein guter Grund für einen Rücktritt.

Wo blieb die starke Bewegung für die Primarschule? Es gab kein politisches Subjekt, das die Reform im eigenen Interesse getragen hätte. Viele, deren Kinder von der Reform am meisten profitiert hätten, sind entweder als Ausländer nicht wahlberechtigt oder leben in einer Armutskultur, in der das Interesse an Politik schon lange verloren gegangen ist. Und natürlich gibt es den afghanischstämmigen Taxifahrer, der sagt: „Ich habe gegen die Reform gestimmt. Ich will doch auch nicht, dass mein Sohn später am Lernen gehindert wird.“ Er lebt den Traum vom sozialen Aufstieg. Bildungsverlierer – das sind immer die anderen. Ein psychologisches Problem: Um aus innerem Antrieb gegen die frühe Selektion von Schülern zu sein, müsste man die eigenen Kinder als zukünftige Bildungsverlierer sehen. Wer hält das schon aus?

www.igmetall-wap.de/node/4370
- comment-675

KLAUS HEIMANN

Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise bekämpfen

Besonders bedrückend und verhängnisvoll zugleich an der weltweiten Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die schon einige neoliberale Interessenvertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien für beendet erklärt haben, ist der Tatbestand, dass die Ursache der Krise öffentlich nicht diskutiert wird und daher auch nicht im gesellschaftlichen Bewusstsein angekommen ist.

»sehenden Auges in die nächste, womöglich nicht mehr beherrschbare Krise«

Wenn aber die Ursache nicht manifestiert ist oder sogar bewusst von herrschenden gesellschaftlichen Kräften verdrängt und mystifiziert wird, weil die Wahrheit über die Krisenursache unbequem oder sogar gefährlich aus Sicht des Kapitals und der Plutokraten ist, dann geht man sehenden Auges in die nächste, womöglich nicht mehr beherrschbare Krise und richtet einen nicht reparablen gesellschaftlichen Schaden an. Die heute herrschende Politik soll hinterher nicht sagen, sie hätte dies nicht gewusst!

Nicht Ursache und Wirkung verwechseln

Die weltweit agierende Managerelite in Banken, aber auch in der Realwirtschaft, hat die größte Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren ausgelöst – aber nicht verursacht. Ursache war der von der Politik zu verantwortende und seit etwa Mitte der 1970er Jahre als „Klassenprojekt“ (David Harvey) praktizierte Neoliberalismus. Dies hat im Ergebnis zu einem entfesselten, marktradikalen und schließlich finanzmarktgetriebenen Kapitalismus geführt. Im finalen Ziel will der weiter politisch gewollte und auch umgesetzte Neoliberalismus nur eins: umverteilen von unten nach oben. Die Reichen und Besserverdienenden sollen

noch reicher und die Armen noch ärmer werden. Dazu sei fast alles in einer Gesellschaft zu privatisieren und zu individualisieren sowie den freien Marktgesetzen anzuvertrauen, so das Credo der Neoliberalen. Ohne staatliche Einmischung in die Märkte – einschließlich der Arbeitsmärkte – solle sich im Wettbewerb der Stärkere durchsetzen können. Ein umverteilender Sozialstaat zu Gunsten der Schwachen – den die vermögenden Schichten noch nie wollten, weil sie ihn für sich selbst nicht brauchen – störe hier nur das freie Spiel der Marktkräfte.

Primäre Umverteilung

Für Deutschland sind im Ergebnis dieser Handlungslogik neoliberaler Politik die jüngsten empirischen Befunde zu konstatieren: Von 2000 bis 2008 ist das Volkseinkommen um 356 Mrd. Euro gestiegen. Davon entfielen 230 Mrd. Euro oder 64,6 % auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und 126 Mrd. Euro oder 35,4 % auf die Arbeitnehmerentgelte (inklusive der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung).

»8 Millionen Menschen, werden heute bereits als abgehängtes Prekariat eingestuft«

Diese enorme Umverteilung der marktbezogenen Primäreinkommen zugunsten der Kapitalklasse führte zu einem Sinken der Bruttolohnquote und in Folge zu einem Anstieg der Bruttogewinnquote um 7 Prozentpunkte. Produktivitätsorientierte Realloohnerhöhungen wurden demnach weit verfehlt. Zusätzlich kam es zu lohninhärenten Umverteilungen zu Lasten der unteren und mittleren Lohneinkommensklassen. Gründe dafür sind die betriebswirtschaftliche Differenzierung der Beschäftigten in Stamm- und Randbelegschaften sowie die mas-

sive Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Etwa 10 % der deutschen Bevölkerung, also gut 8 Millionen Menschen, werden heute bereits als abgehängtes Prekariat eingestuft.

Plus staatliche Umverteilung

Außerdem wurden die Sekundäreinkommen (Einkommen nach staatlicher Umverteilung) ebenfalls zugunsten des Mehrwerts (Zinsen, Mieten/Pachten, Gewinn) durch eine kapitalfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik (auch durch Lohnnebenkostensenkungen) umverteilt. Interessant ist diesbezüglich, dass in der Öffentlichkeit vehement über Steuern und Sozialabgaben – neuerdings sogar über Managergehälter – diskutiert wird, nicht aber über die leistungslosen Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Mieten und Pachten – trotz der durch sie verursachten Kostensteigerungen in der produzierenden Wirtschaft.

»die Sozialabgabenpolitik sorgt für eine zusätzliche Umverteilung von unten nach oben«

Erstens wurden, wie in vielen anderen Ländern auch, die indirekten Verbrauchsteuern zugunsten der direkten Gewinn-, Einkommen- und Vermögensteuern ausgebaut. Die Massensteuern, die Lohn- und Verbrauchssteuern, hatten in Deutschland in den 1960er Jahren – in einer vollbeschäftigten Wirtschaft – am gesamten Steueraufkommen noch einen Anteil von gut 30 %. Das heißt, 70 % des Steueraufkommens entfiel auf Gewinn-, Einkommens- und Vermögenssteuern. Heute haben sich die Anteile fast exakt umgekehrt: Der Anteil der Massensteuern liegt mittlerweile bei 70 %.

Zweitens hat im Bereich der sekundären Verteilung die Sozialabgabenpolitik für eine zusätzliche

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Umverteilung von unten nach oben gesorgt. Hier stand und steht nach wie vor eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten an. Die Arbeitskraft sollte und soll weiter verbilligt werden. Dies führte unter anderem auch zu einer Teilprivatisierung und damit Teilendsolidarisierung bei der Rente. Weltweit haben sich die in Pensionsfonds für die Alterssicherung angelegten Gelder von 1992 bis 2006 von knapp 5 Billionen US-Dollar auf nahezu 23 Billionen US-Dollar mehr als vervierfacht.

»massive Endsolidarisierungen und Privatisierungen«

Je mehr die gesetzlichen umlagefinanzierten Renten zu Gunsten privater kapitalgedeckter Renten abgebaut werden, desto mehr Gelder fließen in die Finanzmärkte.

Massive Endsolidarisierungen und Privatisierungen hat es auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gegeben. Die gerade umgesetzte „Reform“ im Gesundheitswesen setzt diesen Kurs nahtlos fort und hat jetzt darüber hinaus sogar einkommensunabhängige Zusatzprämien eingeführt. Und auch Streichungen bei der Arbeitslosenversicherung, siehe hier nur die Einführung von ALG II bzw. „Hartz IV“, wurden von neoliberalen Regierungen, von rot-grün über rot-schwarz bis schwarz-gelb umgesetzt.

Das Ergebnis dieser doppelten staatlichen Umverteilung über Steuern und Sozialabgaben zeigt sich empirisch in der Netto-Lohnquote. Diese ist in Deutschland seit 1991, also seit der Wiedervereinigung, von 40,3 % auf 33 % im Jahr 2008 geradezu abgestürzt, während die Netto-Gewinnquote im selben Zeitraum von 25 % auf 30 % gestiegen ist. Der Staat hat also in Conclusio nicht die marktbezogene Primärverteilung, die immer – schon allein auf Grund von marktbezogenen Machtasymmetrien – eine ungerechte Verteilung impliziert, berichtigt, sondern der Staat hat die Verteilung zu Lasten der Masse

der abhängig Beschäftigten noch verschlechtert. Die Politik hat sozusagen im makroökonomischen Befund „Öl ins Feuer“ gegossen und damit ein kontraproduktives wirtschaftliches Ergebnis bewirkt, sowie sozial den Abstand zwischen Arm und Reich erhöht.

»Konkurrenten, haben in Summe höhere Steuer- und Abgabenquoten«

Empirisch zeigt sich dies in einer Absenkung der Steuer- und Abgabenquote (also Steuern und Sozialabgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) in Deutschland, so dass wir heute von 24 OECD-Ländern lediglich an 16. Stelle stehen. Alle unsere Hauptkonkurrenten, mit Ausnahme der USA, haben in Summe höhere Steuer- und Abgabenquoten. Deutschland kam 2006 in Summe auf eine Quote von 35,7%. Frankreich unser größter Handelspartner auf 44,5%. Schweden liegt sogar bei 50,1%. Italien bei 42,7%, Großbritannien bei 37,4% und Österreich bei 41,9%. Die USA kommen dagegen nur auf eine Quote von 25,7%.

Umverteilung blähte die Finanzmärkte auf

Die so unter dem neoliberalen Regime mehr oder weniger in den einzelnen Volkswirtschaften vollzogenen Umverteilungen von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen (Zinsen, Mieten/Pachten und Gewinnen), sowie eine zugenommene Privatisierung der Alterssicherungssysteme, haben schließlich immer mehr Überschusskapital (Liquidität) an die von staatlichen Marktkontrollen weitgehend befreiten Kapitalmärkte gespült. Die Arbeitseinkommen waren – wie oben aufgezeigt – bei rückläufigen Brutto- und Nettolohnquoten nicht mehr in der Lage, die immer produktiver hergestellten Konsumgüter nachzufragen. Und die BezieherInnen der Besitzeinkommen investierten in Folge rückläufiger Nachfrage und damit fehlender Absatz- und Profitaussichten

ihre Überschüsse mehr in Finanzvermögen als denn in Maschinen, Produktionsgebäude und Arbeitsplätze. Auch die Staaten führten ihre konsumtive und investive Nachfrage mehr oder weniger unter dem Druck rückläufiger Steuer- und Sozialeinnahmen und steigender Staatsverschuldungen zurück. Hierdurch fiel in der produzierenden Wirtschaft noch mehr Nachfrage aus. Es kam zu einer tendenziellen Wachstumsschwäche und erhöhter Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnissen, die mit noch mehr Nachfrageausfall verbunden war. Ein Teufelskreis. Und auf der anderen Seite entstand in der Finanzwirtschaft ein enormer Druck auf das dort tätige Management, die durch Umverteilung angehäuften Überschüsse – das gesamtwirtschaftliche Übersparen – mit hohen zumeist zweistelligen Renditen zu verwerten. Betrug das weltweite Finanzvermögen 1980 noch 12 Billionen US-Dollar, so lag der Wert 2007 bei rund 196 Billionen US-Dollar. Dies entspricht in 27 Jahren einer Steigerung von weit über 1 500%! Das weltweite Bruttosozialprodukt konnte da nicht mithalten. Im selben Zeitraum legte es nur um 450% zu. An diesen Zahlen wird bereits deutlich, dass es dem Finanzvermögen zunehmend an Anlagemöglichkeiten in der produzierenden Wirtschaft fehlte. Eine mögliche Kompensation bot dabei die Staatsverschuldung. Dies zeigen beispielhaft die Zahlen für Deutschland seit der Wiedervereinigung.

»dem Finanzvermögen fehlte es zunehmend an Anlagemöglichkeiten in der produzierenden Wirtschaft«

Demnach stieg von 1991 bis 2008 die Vermögensbildung der privaten Haushalte um fast 1 700 Mrd. Euro. Gleichzeitig nahm die Staatsverschuldung um 820 Mrd. Euro zu. Auf der einen Seite also ein enormer privater Reichtumszuwachs und auf der anderen Seite

immer mehr öffentliche Armut. Was die KapitaleigentümerInnen nicht an noch massiv abgesenkten Steuern und Abgaben zahlen mussten gaben sie gerne als Kredit dem „guten Schuldner“ Staat zurück. So profitierten sie zweimal: Zum einen durch niedrigere Steuern und Abgaben und zum anderen durch sicher verzinste Kredite.

Das zunehmende Vermögen suchte SchuldnerInnen

Ausversteuertem Nettoeinkommen entsteht Ersparnis und hieraus Vermögen und daraus wiederum über Zinsen zusätzliches arbeitsloses Einkommen bei den Kapitaleigentümern mit einem Zinses-Zins-Effekt.

»zwei Drittel der Deutschen haben dagegen so gut wie überhaupt kein Vermögen«

Im Ergebnis der oben aufgezeigten doppelten Einkommensumverteilung von unten nach oben ist so allein das Nettogeldvermögen der Deutschen bis 2008 auf rund 3 Billionen Euro angestiegen, davon in den letzten 10 Jahren um rund 1 Billion Euro. Das private Nettogeldvermögen belief sich 1991 auf 200 % des Volkseinkommens und stieg bis 2008 auf rund 300 % des Volkseinkommens an. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt für 2007 eine völlig disproportionale Verteilung des gesamten Nettovermögens in Höhe von 6,6 Billionen Euro (dazu zählen das gesamte Geld-, Immobilienvermögen und Produktivkapital) in Deutschland fest. 10 % der erwachsenen Bevölkerung besitzen gut 60 % und 20 % gut 80 % des gesamten Nettovermögens. Zwei Drittel der Deutschen haben dagegen so gut wie überhaupt kein Vermögen und 27 % der Bevölkerung sind verschuldet.

Was machen aber die Vermögenden mit ihrem reichlich vorhandenen Überschusskapital? Sie wollen es natürlich möglichst, wenn es geht auch an Steuerzahlungen vorbei, hochverzinst

anlegen. Trotz zunehmender Staatsverschuldung als Ventil für sichere profitable Anlagen beim Staat spitzte sich für die Kapitaleigner aber die allgemeine weltweite Anlagesuche unter dem neoliberalen Umverteilungsregime immer mehr zu. Dies war die Geburtsstunde für einen neuen Wirtschaftszweig: die Finanzinvestoren (Investmentbanker) und Fondmanager. Ihre Zeit war spätestens gekommen, als sich weltweit soviel Geldkapital (Überschussliquidität) bei den privaten Haushalten und Unternehmen angesammelt hatte, dass es nicht mehr über „einfache“ Bankgeschäfte von investitionswilligen Unternehmen oder sich verschuldenden privaten Haushalten abschöpfbar war. Die Finanzinvestoren und auch die Banken mussten jetzt zur Verwertung der von den Reichen gehaltenen Vermögensbestände erfinderisch („innovativ“) werden. So gingen sie zum Handel mit Geld als Ware in einem gleichzeitig von der Politik entfesselten (deregulierten) Finanzmarktssystem über, das sich zunehmend von der real produzierenden Wirtschaft entkoppelte.

In diesem neuen Regime interessierte bei der klassischen Aktie in erster Linie nicht mehr ihre realwirtschaftlich erzielbare Dividende, sondern mehr die Kursentwicklung, verursacht durch ihren ständigen Kauf und Verkauf. Hierdurch kam es zu einer verschärften Spekulation an den internationalen Börsenplätzen. Dazu trug auch der Handel mit Finanzderivaten bei, deren Kurs (Preis) vom Preis anderer Produkte abhängig ist. Dabei wird auf steigende sowie auf fallende Kurse von Aktien, Wertpapieren und auch auf Preise realwirtschaftlicher Produkte, z. B. Rohstoffe, wie im Kasino gewettet und gezockt.

Diese insgesamt unheilvolle Entwicklung wurde noch verstärkt, weil ManagerInnen und BankerInnen in der Finanzwirtschaft an den riskanten und kurzfristig

angelegten Spekulationen über Bonuszahlungen horrende Summen verdienten.

Schlechtere SchuldnerInnen und höhere Risiken mussten akzeptiert werden

Daneben wurden im Bankenapparat verhängnisvolle sogenannte „Finanzprodukte“ entwickelt, deren Inhalt, wie wir heute wissen, „toxisch“ war. Je größer der Anlagedruck für die FinanzinvestorInnen wurde, umso „schlechtere“ SchuldnerInnen mussten für immer neu erfundene Anlageformen bzw. „Finanzprodukte“ akzeptiert werden. Der ökonomische Tatbestand, dass der Saldo aus Vermögen und Schulden in einer Volkswirtschaft immer gleich Null ist, lässt sich eben nicht außer Kraft setzen: Der Vermögende muss einEn SchuldnerIn finden, der ihm für sein verliehenes Vermögen nicht nur Zinsen zahlt, sondern der auch so solvent ist, um ihm das ausgeliehene Vermögen zurückzuzahlen.

»eine immer größere Bewertungsblase, die dann platzen musste«

Wenn es aber immer mehr Vermögenskonzentration durch Umverteilung von unten nach oben gib, müssen die Vermögenden auch SchuldnerInnen ohne Sicherheiten, „schlechte“ SchuldnerInnen, akzeptieren. Hierzu war man in den USA nach dem Zusammenbruch der sogenannten „New Economy“ im Jahr 2000 offensichtlich mit den Subprime-Krediten an den dortigen Immobilienmärkten bereit, die schließlich die Finanz- und Bankenkrise und in Folge die Weltwirtschaftskrise auslösten. Wohl gemerkt auslösten, nicht verursachten. „Drittclassige“, quasi nicht solvente, SchuldnerInnen konnten hier ohne jegliches Eigenkapital verbilligte Kredite erhalten und Immobilien nachfragen. Die Niedrigzins-Politik der US-Notenbank - der Leitzins lag im Jahr

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

2004 bei nur einem Prozent – schaffte einen hohen Anreiz das billige Geld für Finanzinvestitionen zur Steigerung der Eigenkapitalrenditen einzusetzen. Ist der Fremdkapitalzins kleiner als die Gesamtkapitalrendite (Gewinn plus Fremdkapitalzinsen bezogen auf das Eigen- und Fremdkapital), so erhöht sich bei steigendem Verschuldungsgrad die Eigenkapitalrendite („Leverage-Effekt“). Solange die Nachfrage nach Häusern stieg, stiegen auch deren Preise bzw. Werte (= Vermögenspreis-inflation). Die Welt war hier noch in Ordnung. Schließlich entstand aber eine immer größere Bewertungsblase, die dann platzen musste, als erste Zweifel über die scheinbar unaufhaltsam steigenden Immobilienpreise bei AnlegerInnen aufkamen und diese ihre Kapitalanlagen abzogen. Die Preise (Werte) der Häuser verfielen und deckten nicht mehr die aufgenommenen Schulden die neben den Zinsen zurückzahlen waren; viele „drittklassige“ SchuldnerInnen dies aber nicht konnten.

»für mögliche Verluste der in die ‚Bad Bank‘ ausgelagerten ‚toxischen‘ Papiere haftet die ‚Good Bank‘«

Die Banken und Finanzinvestoren wussten zuvor genau, dass die vergebenen Kredite hoch risikobeladen waren. Aber sie standen gegenüber den vermögenden Anlegern unter Renditedruck. Daher diversifizierten sie die Risiken, indem sie die „faulen“ Kredite mit „guten“ Krediten mischten und zu handelbaren Wertpapieren „verbrieften“, so dass diese weltweit von anderen Banken und Anlegern gekauft werden konnten und danach als „toxische“ Papiere in den Bankbilanzen wieder auftauchten. Hierdurch kam es bei den Banken zu einem hohen Abschreibungsbedarf und damit zu Verlusten, die das Eigenkapital der Banken stark vermindern und bei einigen sogar zur Insolvenz führte. Davon betroffen waren in Deutschland insbesondere die

staatlichen Landesbanken, die offenbar besonders auf solche „toxischen“ Papiere hereingefallen sind.

Damit die Bankmanager in Deutschland aber ihr Versagen aus den Bilanzen entfernen konnten, dürfen sie seit Juli 2009 ihre „toxischen Papiere“ in einer „Bad Bank“, für die der Staat haftet, auslagern. Damit soll erreicht werden – so die Politik – dass die Banken auf Grund eines dann nicht abgeschmolzenen Eigenkapitals wieder vermehrt neue Kredite vergeben können. Für mögliche Verluste der in die „Bad Bank“ ausgelagerten „toxischen“ Papiere haftet die „Good Bank“, vorausgesetzt sie erzielt Gewinne. Fährt sie jedoch zukünftig Verluste ein oder wird gar insolvent, sind die Steuerzahler die Gekniffenen.

Die Neoliberalen entdeckten den Staat wieder

Die weltweit in der Finanzwirtschaft aufgetretenen Verluste haben zu einem großen Misstrauen bei den Geld- und Kapitalanlegern geführt, die bekanntlich so scheu wie ein Reh sein sollen. Es drohte sogar die Gefahr einer ökonomischen „Kernschmelze“, als Anfang September 2008 die großen US-amerikanischen Hypothekenfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Sie hielten Hypothekendarlehen im Umfang von fast fünf Billionen US-Dollar. Auch in Deutschland musste im September 2008 die Hypo Real Estate (HRE) mit rund 100 Mrd. Euro Steuergeldern vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Inzwischen ist die HRE verstaatlicht.

Um die Kreditwirtschaft nicht mit verhängnisvollen Kettenreaktionen abstürzen zu lassen, waren so weltweit milliarden schwere staatliche Stützungsmaßnahmen und Bankenverstaatlichungen erforderlich. Ebenso mussten staatliche, schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme zur Stützung der Realwirtschaft aufgelegt werden und die Zentralbanken senkten

die Zinsen auf historische Tiefstände. Und jüngst musste sogar Griechenland mit Milliardenkrediten der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor dem Staatsbankrott gerettet werden. Um ein weiteres Spekulieren auf den Euro zu unterbinden, sah sich die EU sogar veranlasst mit dem IWF einen „Rettungsschirm“ für zukünftig in Zahlungsschwierigkeiten kommende EU-Staaten in Höhe von 750 Mrd. Euro aufzuspannen bzw. potenzielle Kredite bereitzustellen. Aber nur kurzfristig – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter.

»bei staatlichem Schuldenabbau schwindet die Möglichkeit der Vermögenden ihr überschüssiges Geld sicher beim Staat anlegen zu können«

Die neoliberalen Umverteilungsgewinner wollen aber nicht für die Krise bezahlen. Deshalb erfolgte eine Umbuchung der Krisenlasten auf das Konto Staatsverschuldung. Diese müsse aber in Zukunft wieder abgebaut werden. Mit der europäischen und der 2009 ins Grundgesetz geschriebenen deutschen „Schuldenbremse“ besitzen die Neoliberalen auch ein Instrument dafür. Fragt sich aber nur mit welchen ökonomischen und sozialen Ergebnissen? Soll der staatliche Schuldenabbau über „Sparprogramme“, wie mit dem jetzt aufgelegten 80 Mrd. Euro Paket der schwarz-gelben Bundesregierung, umgesetzt werden, so steht das Ergebnis bereits heute fest: Es wird ökonomisch die längst noch nicht beendete Krise prozyklisch verschärfen und schon gar nicht zum Abbau der seit Mitte der 1970er Jahre in Deutschland vorliegenden Massenarbeitslosigkeit beitragen. Sozial wird sich die schon vorhandene Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich noch erhöhen. Außerdem schwindet bei einem staatlichen Schuldenabbau die Möglichkeit der Vermögenden ihr überschüssiges Geld sicher beim Staat anle-

gen zu können. Dies scheinen die neoliberalen Geister noch nicht erkannt zu haben. Die Unternehmen und auch das Ausland werden hier zukünftig keinen hinreichenden Ersatz bieten können. Das einzige was wirklich hilft, ist neben einer strengen

staatlichen Regulierung der internationalen Finanzmärkte, die gerade beim letzten G-20-Gipfel kläglich gescheitert ist, eine Beseitigung der Krisenursache, also eine Beendigung der beschriebenen doppelten neoliberalen Umverteilung von unten nach oben und eine seit

langem überfällige Demokratisierung der privaten Wirtschaft.

*Prof. Dr. rer. pol. H.-J. BONTRUP
Hochschullehrer an der
FH Gelsenkirchen
Sprecher der Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik*

Mogelpackung zweijährige Berufe

Immer wieder hört man in Diskussionen im Betrieb und im Privaten, dass unsere SchulabgängerInnen „dümmer“ sind als wir es früher waren. So ist es auch nicht verwunderlich, dass auch unter GewerkschafterInnen verbreitet die Meinung vorherrscht, dass man für diese beeinträchtigten SchulabgängerInnen sogenannte Theoriegeminderte zweijährige Berufe benötige.

Doch was ist dran an dieser Vorstellung? Eine aktuelle Expertise des DGB beweist: Zweijährige Berufe sind keine Alternative. Über mehrere Jahre wurde immer wieder behauptet, dass die zweijährigen Berufe gut angenommen werden und für die Jugendlichen eine Perspektive böten. Es gibt aber nur einen relativ stabilen zweijährigen Beruf, den der VerkäuferIn. In diesem Beruf werden über die Hälfte derjenigen ausgebildet, die eine zweijährige Ausbildung absolvieren. In den anderen Berufen sind die Zahlen rückläufig, 20% werden weniger zum/zur Maschinen- und AnlagenführerIn ausgebildet und 21% weniger zum/zur TeilezurichterIn. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als unverantwortlich, dass es noch immer wieder neue zweijährige Berufe gibt, wie zuletzt den/die IndustrieelektrikerIn. Auch die Überlegung den/die TeilezurichterIn zu überarbeiten, ist vor diesem Hintergrund nicht zu verstehen.

Es geht also anscheinend nicht

darum für die sogenannten Benachteiligten tatsächlich etwas zu tun, sondern nur darum die Statistik etwas aufzubessern. Dieser Eindruck wird noch verstärkt dadurch, dass die späteren Perspektiven in den Zweijährigen Berufen mehr als ungünstig sind.

Wenn man etwas für Benachteiligte tun möchte, dann sollte folgendes berücksichtigt werden: „In berufsbildungs- und beschäftigungspolitischen Debatten werden gering qualifizierte Jugendliche gerne pauschal als leistungsbeeinträchtigt oder auch „eher praktisch Begabte“ bezeichnet. Es handelt sich aber um eine sehr heterogene Gruppe von:

- +SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss
- +Marktbenachteiligte, die keine Ausbildung finden, obwohl die individuellen Voraussetzungen den Anforderungen einer betrieblichen Ausbildung genügen
- +Jugendliche mit Migrationshintergrund
- +Sozial Benachteiligten; das heißt Jugendliche aus sozial instabilen familiären Verhältnissen, häufig auch mit auffälligen Verhaltensweisen
- +Lernbeeinträchtigten, bis hin zu lernbehinderten Jugendlichen.“

Diese Aufzählung macht deutlich, dass man hierauf nicht pauschal mit einer Verkürzung der Ausbildung reagieren kann und darf. Vielmehr müsste die Ausbildung eher verlängert werden, wie es übrigens auch das Berufsbildungsgesetz vorsieht. In Modellversuchen wurden hier auch schon

sehr gute Ergebnisse erzielt. Doch eine Verlängerung der Ausbildung allein hilft auch nicht, es muss sich in der Form der Ausbildung etwas tun. Förderung und Qualifizierung des Ausbildungspersonals sind zwingend notwendig, damit auf die Anforderungen inhaltlich und persönlich angemessen reagiert werden kann.

Eine qualifizierte Ausbildung ist die Voraussetzung für eine angemessene Lebensperspektive für den Einzelnen und dafür, dass unsere Gesellschaft und Wirtschaft funktioniert. Es ist unsere Verpflichtung als GewerkschafterIn, dass wir uns dafür einsetzen.

Am Schluss der Expertise des DGB heißt es: „Junge Menschen mit schlechten Startchancen sollten von Beginn an eine echte Förderung auf dem Weg ins Berufsleben erfahren.

Es geht darum:

- +Eine dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit aufzubauen
- +Einen Einstieg in einen lebensbegleitenden Lernprozess zu erhalten
- +Die Chance auf gutes und sicheres Einkommen zu eröffnen
- +Eine Beteiligung und Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen.“

Das alles geht aber nur, wenn wir eine gute und qualifizierte Ausbildung gewährleisten und die dauert nun einmal mindestens 3 Jahre. Die vollständige Expertise kann abgerufen werden unter:

www.wir-gestalten-berufsbildung.de

REDAKTION

**LETZTE GEDRUCKTE
AUSGABE!**

nächste Ausgabe unter:
www.igmetall-hamburg.de